

Die öffentliche Meinung

THOMAS PETERSEN

Die Europäische Union (EU), schrieb kürzlich der Genfer Politologe Curt Gasteyer, sei nicht stark genug, um in Krisenzeiten „außenpolitische Einzelsprünge oder Profilierungsversuche im Zaum zu halten. (...) Der Kitt gemeinschaftlichen Handelns löst sich dann fast über Nacht; die zentrifugalen Kräfte erwachen zu neuem Leben. (...) Die EU, so scheint es jedenfalls dem außenstehenden Beobachter, ist in den schwierigen Tagen und Wochen nach den Terroranschlägen von New York und Washington und dem dadurch ausgelösten ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ nicht stärker zusammengeschweißt worden.“¹

Gasteyer hat bei seinem Zitat die Ebene der Regierungspolitik vor Augen, und er führt gute Gründe für seine Beobachtung an, etwa das so genannte „kleine Gipfeltreffen der EU“ vom 4. November 2001, als Tony Blair Gerhard Schröder und Jacques Chirac nach London eingeladen hatte um die Reaktion Europas auf die Anschläge in den USA zu besprechen, und erst auf Druck Silvio Berlusconi den Kreis um die Vertreter einiger weiterer Länder und Institutionen Europas erweiterte. Betrachtet man dagegen die Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber der europäischen Integration, wie sie sich in den Repräsentativumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Frühjahr 2002 spiegeln, dann erkennt man eine entgegengesetzte Tendenz: Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen mit den anderen Völkern Europas hat im Verlauf des letzten Jahres spürbar zugenommen. Und es gibt Hinweise darauf, dass zwei Ereignisse dafür verantwortlich sind: Die Einführung des Euro-Bargelds und die Terroranschläge in den USA.

Wunsch nach schnellerer Integration

Lange Zeit war Europa für die Deutschen etwas Abstraktes, das weit entfernt in Brüssel stattfand und das eigene Leben nur wenig zu beeinflussen schien. Dementsprechend waren die Kenntnisse über die EU-Institutionen und das Interesse daran gering. Dann, im vergangenen Jahr, nahm das Interesse der Bevölkerung am Thema Europa plötzlich deutlich zu. So verfolgte sie vergleichsweise aufmerksam das Gipfeltreffen von Nizza vom 7./8. Dezember 2000. Fast 70% hatten von den Verhandlungen in Nizza gehört, die Mehrheit wußte auch, dass man in Nizza kaum vorangekommen war.² Mit der gestiegenen Aufmerksamkeit verdüsterte sich allerdings auch das Bild der EU. Die Zahl derjenigen, die glaubten, die Mitgliedschaft in der EU brächte Deutschland mehr Nachteile als Vorteile, nahm zu, und die Mehrheit nahm an, innerhalb der EU gebe es mehr Gegensätze als Gemeinsamkeiten.³

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

Heute, ein Jahr später, hat sich die Lage erneut deutlich verändert. Auf die Frage „Würden Sie sagen, unter den Ländern der Europäischen Union überwiegen die Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen, oder überwiegen Gegensätze und unterschiedliche Interessen?“ antworteten vor einem Jahr 22 %, heute 35%: „Die gemeinsamen Interessen überwiegen.“ Die Antwort „Es gibt vor allem Gegensätze, die unterschiedlichen Interessen überwiegen“ ist von 57 auf 45% zurückgegangen.⁴

Besonders auffällig ist, dass zum ersten Mal seit Ende der 80er Jahre die Ungeduld der Deutschen mit dem Tempo der europäischen Einheit wieder zunimmt. Lange Zeit hatten sich die Antworten auf die Frage „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“ nicht mehr verändert. Die ganzen 80er Jahre hindurch sagte regelmäßig die Mehrheit der Befragten, die europäische Einigung gehe ihnen nicht schnell genug voran. Dass sie langsamer voranschreiten sollte, meinte damals fast niemand. Mit der deutschen Einheit veränderte sich die Reaktion der Befragten erheblich. Der Anteil derjenigen, die sagten, ihnen sei das Tempo der europäischen Einigung zu schnell, stieg auf rund 30%, die Zahl derer, die die Entwicklung beschleunigt wissen wollten, sank auf rund 10%. Die Mehrheit wich nun bei der Frage auf die Antwort „Weiter wie bisher“ aus und dokumentierte damit ihre Unsicherheit. Dieses Antwortverhalten zeigte sich mit geringen Abweichungen bei jeder Wiederholung der Frage in den 90er Jahren und auch noch bei der vorletzten Repräsentativumfrage des Allensbacher Instituts zum Thema Europa im Juni 2001. Nun jedoch, im April/Mai 2002, zeigt sich erneut eine auffallende Verschiebung der Antworten: Die Zahl derjenigen, die sich eine schnellere europäische Einigung wünschten, ist binnen eines Jahres von 10 auf 27% gestiegen, während der Anteil derer, denen das Tempo der europäischen Integration zu hoch ist, von 31 auf 20% und damit auf den tiefsten Stand seit 1989 zurückgefallen ist.

Zum ersten Mal seit 13 Jahren nimmt der Wunsch nach einer schnelleren europäischen Integration zu

Frage: Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinigten Europa sein?
Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?



Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage; an 100 fehlende Prozent: „Weiter wie bisher“ und „Unentschieden“

Es lässt sich nicht beweisen, dass die Ereignisse vom 11. September 2001 eine Ursache dieser Entwicklung sind, doch es gibt Hinweise, die einen solchen Zusammenhang wahrscheinlich erscheinen lassen. So hatten die Anschläge in den USA den überraschenden Effekt, dass sich die Einstellung der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber den Westdeutschen und dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland veränderte. Trotz aller Freude über die Wiedervereinigung und über die trotz aller wirtschaftlichen Probleme unübersehbaren Fortschritte beim Aufbau der neuen Länder war bei vielen Ostdeutschen eine starke Skepsis gegenüber dem Westen und dem neuen politischen System erhalten geblieben. Auf die Frage „Ist unsere Gesellschaftsordnung wert, verteidigt zu werden?“ reagierte die ostdeutsche Bevölkerung die ganzen letzten zehn Jahre hindurch gespalten. Noch im Juli 2001 sagten 39% der Ostdeutschen, sie hätten Zweifel, ob die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland es wert sei, verteidigt zu werden. Nach den Attentaten vom September des vergangenen Jahres hat sich die Perspektive jedoch merklich verschoben. Zum ersten Mal seit Anfang der neunziger Jahre fand eine absolute Mehrheit der Menschen in den östlichen Bundesländern die Gesellschaftsordnung des Landes verteidigungswert.⁵ Man kann diesen Effekt vielleicht mit einer Verschiebung der Wahrnehmung deuten: In einer Zeit, in der die eigene Sicherheit von außen, aus einem anderen Kulturkreis bedroht wird, erscheinen die Gräben innerhalb des eigenen Kulturkreises weniger trennend.

Dass sich die Deutschen heute stärker mit Europa verbunden fühlen als noch vor einem Jahr, könnte zum Teil auf eine solche Verschiebung der Perspektive zurückzuführen sein. Darauf deutet das Ergebnis eines Assoziationstests hin, bei dem die Interviewer verschiedene Begriffe vorlesen und die Befragten bitten anzugeben, ob man ihrer Meinung nach bei dem Stichwort „Europa“ an diese Begriffe denken könnte. Bei den meisten Stichwörtern haben sich die Antworten seit dem letzten Jahr nicht wesentlich verändert, doch es gibt einige bemerkenswerte Ausnahmen: „Bei dem Stichwort Europa denke ich an Sicherheit“ sagten im Juni 2001 35%, heute 41%. „Verteidigung“ nannten vor einem Jahr 41%, heute 53%. „Einheit“ und „Kultur“ nahmen von 39 auf 47, bzw. von 66 auf 76% zu; die Aussage „Risiko“ machten 2001 noch 54%, heute 48%.⁶ Es hat den Anschein, als entdeckten viele Deutsche angesichts der Bedrohung Europa als zusammengehörigen Kulturraum, den es zu verteidigen lohnt.

Positive Stimmung für den Euro

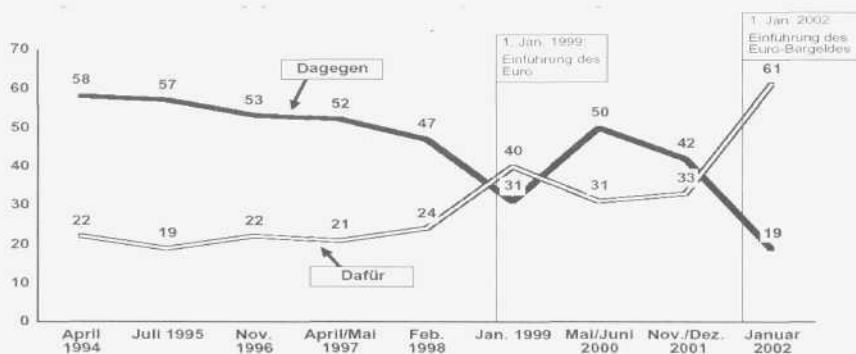
Das zweite große Ereignis der letzten 12 Monate, das die Einstellung der Deutschen gegenüber der EU verändert hat, ist die Einführung des Euro-Bargelds. Über viele Jahre hinweg hatten sich die Deutschen mit dem Gedanken, die D-Mark zugunsten einer europäischen Gemeinschaftswährung aufzugeben, nicht anfreunden können. Bei der Allensbacher Trendfrage „Sind Sie für oder gegen die einheitliche europäische Währung?“ antwortete regelmäßig eine deutliche Mehrheit: „Dagegen“. Lediglich unmittelbar nach der Einführung des Euro im bargeldlosen Zahlungsverkehr am 1. September 1999 sprach sich eine knappe relative Mehrheit für die neue Wäh-

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

rung aus, doch noch hatte der Euro den Alltag der Menschen nicht erreicht. Im Mai/Juni 2000 sprachen sich wieder 50% gegen den Euro aus.⁷ Zum Jahreswechsel 2001/2002 vollzog sich dann ein bemerkenswerter Stimmungswechsel, der sich in den Ergebnissen auf zwei knapp aufeinanderfolgende Repräsentativumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zeigt. Die erste Umfrage fand unmittelbar vor Weihnachten statt, die zweite Anfang Januar. So lässt sich der erstaunliche Stimmungsumschwung zugunsten des Euro nachzeichnen. Die gemeinsame europäische Währung beherrschte wie kein anderes Thema die Weihnachtstage. Auf die Frage „Worüber wurde bei Ihnen während der Festtage bei den Familien- und Verwandtschaftsbesuchen gesprochen?“ antworteten im Januar 2002 mehr als zwei Drittel, 69%: „Bei uns wurde über den Euro gesprochen.“ Erst an zweiter Stelle, mit erheblichem Abstand, folgt die Aussage: „Über Weihnachtsgeschenke“.

Nach der Einführung de Euro-Bargelds steigt die Zahl der Euro-Befürworter

Frage: „Sind Sie für oder gegen die einheitliche europäische Währung?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IID-Umfragen; an 100 fehlende Prozent: „Unentschieden“

Noch Ende des Jahres 2001 antworteten auf die Trendfrage „Sind Sie für oder gegen die einheitliche europäische Währung?“ nur 33%, sie seien für den Euro. Eine relative Mehrheit von 42% sprach sich dagegen aus. Ganz anders die Ergebnisse im Januar 2002. Nach der Einführung des Euro-Bargelds, bezeichneten sich 61% als Befürworter des Euro, der Anteil der Gegner war auf 19% gesunken. In der gleichen Zeit stieg der Anteil derer, die den Euro bei einer anderen Trendfrage als „kraftvoll“ bezeichneten, von 27 auf 57%, die Annahme, der Euro werde stabil sein, äußerten im Dezember 2001 25%, im Januar 2002 54%.⁸ Man erkennt in diesem Stimmungswandel ein Verhalten, das der amerikanische Psychologe Leon Festinger bereits in den 50er Jahren die Tendenz zur Vermeidung „kognitiver Dissonanz“ genannt hat.⁹ Nach Festinger versuchen Menschen nicht nur, ihr Leben nach Möglichkeit mit ihren Idealen, ihren Wünschen und Moralvorstellungen in Einklang zu bringen, sondern sie neigen umgekehrt auch dazu, ihre Vorstellungen davon, was

wünschenswert und richtig sei, an die Umstände (oder eigenes Verhalten) anzupassen, die sie nicht ändern können. Auf diese Weise versuchen sie, eine allzu große Kluft zwischen dem Ideal und dem tatsächlichen Leben zu vermeiden. In ihrem Herzen sind die Deutschen noch immer keine begeisterten Euro-Anhänger, viele tun sich im Alltag schwer mit der Umstellung auf das neue Geld, und die „Teuro-Debatte“ vom Frühjahr 2002 über angebliche oder tatsächliche Preiserhöhungen des Einzelhandels bei der Umstellung auf den Euro hat dem Vertrauen zum neuen Geld sicherlich geschadet. Im April/Mai 2002, also vier Monate nach Einführung des neuen Geldes, sagten 81% der Befragten einer Allensbacher Repräsentativumfrage, sie rechneten beim Einkauf die Euro-Preise immer noch in D-Mark um, 48% sagten, das neue Geld sei für sie noch ungewohnt, und auf die Frage „Hätten Sie lieber wieder die D-Mark, oder würden Sie das nicht sagen?“ antworteten 54%, sie hätten gerne die D-Mark zurück. Nur 37% antworteten mit „Nein“.¹⁰

Dass sich die Deutschen dennoch allmählich mit dem Euro anfreunden, zeigt auch das Ergebnis der Frage: „Die neuen Euro-Münzen haben ja je nach Land ganz unterschiedliche Motive auf der Rückseite. Sammeln Sie eigentlich solche Euro-Münzen aus anderen Ländern, oder machen Sie das nicht?“ 12% sagten im Juni 2002, sie sammelten ausländische Euro-Münzen.¹¹ Zumindest auf diese Weise trägt der Euro dazu bei, dass sich die Bevölkerung intensiver als bisher mit dem Thema Europa beschäftigt. Es kann gut sein, dass Werner Weidenfeld recht hatte, als er 1998 schrieb, der Euro werde eine symbolische wie alltäglich-praktische Bindung sein, „die künftig das Aufeinanderangewiesensein der Europäer sinnfällig erfahren lassen kann.“¹²

Skepsis gegenüber der Osterweiterung

Das beherrschende Thema der Europapolitik der folgenden Jahre wird die EU-Osterweiterung sein. Noch ist die Bevölkerung auf die Tatsache, dass in wenigen Jahren elf ostmitteleuropäische Länder der Gemeinschaft beitreten werden, wenig vorbereitet. Im April/Mai 2002 führte das Allensbacher Institut ein Feldexperiment durch, das die Haltung der Bevölkerung zur Osterweiterung der EU illustriert. Die Gesamtstichprobe von rund 2000 Befragten wurde in zwei gleiche, jeweils für die Gesamtbevölkerung repräsentative Teilgruppen von jeweils 1000 Personen aufgeteilt. Allen Befragten wurde eine Liste mit den Namen von 19 Ländern vorgelegt. Der einen Teilgruppe wurde die Frage gestellt: „Hier auf dieser Liste sind einige Länder aufgeschrieben. Von welchen würden Sie sagen, die gehören zu Europa, das sind europäische Länder?“ Die andere Halbgruppe wurde gefragt: „Hier auf dieser Liste sind einige Länder aufgeschrieben, die noch nicht Mitglied der Europäischen Union sind. Was meinen Sie, welche davon sollten zur Europäischen Union gehören?“ Auf diese Weise müssen die Befragten jeweils nur eine der beiden Fragen beantworten. Die Ergebnisse lassen sich vergleichen, ohne dass die beiden Fragen sich im Interview gegenseitig hätten beeinflussen können.

Die meisten Befragten empfinden die Schweiz, Norwegen, Polen, Ungarn und die Tschechische Republik als europäische Länder. Mit etwas Abstand, aber noch

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

von der Mehrheit als „europäisch“ eingestuft, folgen Rumänien, Slowenien, Kroatien und Serbien. Nur eine Minderheit hält den Beitrittskandidaten Zypern für ein europäisches Land, die Türkei nur ein Drittel.

Deutlich anders sieht die Rangfolge der Länder bei der Frage aus, welche Länder zur EU gehören sollten. Jeweils zwei Drittel der Bevölkerung wünschen sich einen Beitritt der Schweiz und Norwegens, erst mit einem erheblichen Abstand folgt als erstes ostmitteleuropäisches Land Ungarn. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass viele Deutsche zumindest im Unterbewußtsein die EU noch immer als einen Verbund westeuropäischer Länder wahrnehmen. Auffallend ist auch, dass knapp die Hälfte der Bevölkerung der Ansicht ist, Ungarn sollte der EU beitreten, aber nur jeweils rund ein Drittel das gleiche über Polen und die Tschechische Republik sagt. Man kann vermuten, dass sich in dieser auffallenden Reserviertheit der Deutschen gegenüber den beiden nächsten Nachbarn im Osten noch immer die Verbitterung spiegelt, die Krieg und Vertreibung im letzten Jahrhundert ausgelöst haben, vielleicht zusätzlich belebt durch die jüngsten Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman über die Sudetendeutschen. Doch es wäre ein Irrtum anzunehmen, die auffallend große Distanz der Deutschen gegenüber einem EU-Beitritt Polens und Tschechiens sei vor allem auf die ältere Generation zurückzuführen. Die unter 30jährigen urteilen in dieser Frage nicht anders als die 60jährigen und älteren Befragten. Die Haltung der Bevölkerung gegenüber Tschechen und Polen wird sich also mit dem Nachwachsen einer neuen, vermeintlich unvoreingenommeneren Generation allein nicht verändern. Es wird aktiver Anstrengungen bedürfen, eine ähnliche menschliche Brücke zwischen Deutschen und Polen zu schaffen, wie in den 50er Jahren zwischen Deutschen und Franzosen. Die Tatsache, dass die überwältigende Mehrheit der Deutschen Polen und die Tschechische Republik als unzweifelhaft europäische Länder ansieht, bietet dabei eine Chance, denn die Deutschen denken bei der Frage, wer zur EU gehören sollte, nicht in erster Linie taktisch. Schon im Jahr 1999 ignorierten diejenigen, die einen Beitritt ostmitteleuropäischer Länder zur EU befürworteten, die sicherheitspolitischen Argumente, und gaben stattdessen als Begründung, warum sie für einen Beitritt dieser Länder waren, die entwaffnende Antwort: „Weil sie Europäer sind“.¹³

Anmerkungen

1. Gasteyger, Curt: Europa am Scheideweg, in: Internationale Politik, 57. Jg., Nr. 1, Januar 2002, S. 1-8. Dort S. 1-2.
2. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7001.
3. Noelle-Neumann, Elisabeth: Europa wird interessant. Mit dem Heranrücken des Euro schnell die Aufmerksamkeit empor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.05.2001, S. 5
4. Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7006, 7021.
5. Ebenda, IfD-Umfragen Nr. 7008, 7013.
6. Ebenda, IfD-Umfragen Nr. 7006, 7021.
7. Ebenda, IfD-Umfragen Nr. 6072, 6091.
8. Ebenda, IfD-Umfragen Nr. 7015, 7016.
9. Festinger, Leon: Theorie der kognitiven Dissonanz, Hrsg. von Martin Irlé und Volker Müntmann, Stuttgart 1978.
10. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7021.
11. Ebenda, IfD-Umfrage Nr. 7023.
12. Weidenfeld, Werner: Die Bilanz der Europäischen Integration 1997/1998, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/1998, Bonn 1998, S. 13-24, Dort S. 15.
13. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6076.